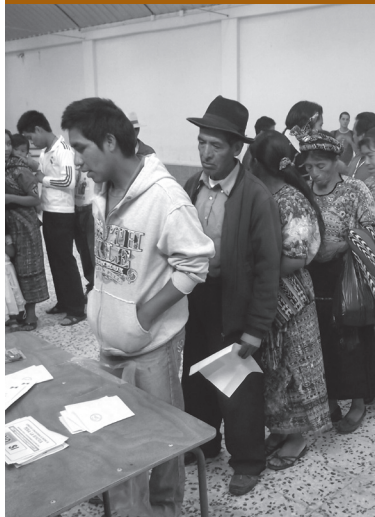




PWS info NOVEMBER 2011

UNTERWEGS FÜR MENSCHENRECHTE



Grosse Teilnahme an einer consulta im Departement Quetzaltenango.
Foto: Imma Mäder

Demokratie in Guatemala

In der Schweiz wie in Guatemala sind die Wahlen das Thema dieses Herbstes. In Guatemala ist diese offizielle Demokratie mit Gewalt durchgesetzt: In den Wochen vor dem ersten Wahlgang wurden mehr als 40 BewerberInnen für ein politisches Amt, Familienangehörige und Parteimitglieder ermordet.

Abseits der offiziellen Demokratie wurden in Guatemala bereits mehr als fünfzig autonom organisierte consultas comunitarias durchgeführt, Volksbefragungen zu Megaprojekten wie Staudämmen oder Minen. Die grosse Mehrheit der Stimmenden sprach sich gegen die Projekte aus – leider ohne Wirkung. Die guatemaltekeische Regierung entschied 2007, dass die consultas zwar erlaubt, rechtlich aber nicht bindend seien. Mit diesem Entscheid soll den Demokratiebestrebungen von unten die Relevanz abgesprochen werden. PWS-Freiwillige begleiten immer wieder consultas, vor allem im Hochland, und beugen so Menschenrechtsverletzungen vor.

Agenda

Unterwegs für Menschenrechte – seit 10 Jahren!

PWS-Veranstaltung zum Tag der Menschenrechte

10. Dezember 2011

12 bis ca. 22 Uhr

jenseits IM VIADUKT

Viaduktstr. 65, Bogen 11 und 12
Zürich

Programm: www.peacewatch.ch

Neue Trainingsdaten

Guatemala, Chiapas, Kolumbien:

26.–29. April und 10.–13. Mai 2012
(provisorisch, bitte Website beachten)

Palästina/Israel:

15.–21. April 2012

In Guatemala gibt es eine Vielzahl von Themen, die zur hohen Konfliktivität im Land beitragen. Im Folgenden möchte ich auf eines davon eingehen: Die ungelöste Frage der consultas comunitarias, der kommunalen Volksbefragungen. Seit 2004 wurden über fünfzig solcher Befragungen durchgeführt, deren Resultate die Regierung bisher nicht respektiert hat.

Ich war als Menschenrechtsbegleiterin mit Acoguate, der lokalen Partnerorganisation von PWS, in den Departementen Huehuetenango und San Marcos unterwegs. Dort begleiteten wir mehrere Organisationen, die sich für die Rechte der Indigenen einsetzen. Die consultas waren ein zentrales Gesprächsthema und auch ein wichtiger Arbeitszweig für die Organisationen, die mithilfe der consultas versuchen, Druck auf die Regierung auszuüben, die Rechte der indigenen Bevölkerung zu respektieren. Unsere Aufgabe war es, die Organisationen regelmässig in ihren Büros zu besuchen und bei consultas als internationale Wahlbeobachterinnen zu garantieren, dass eine demokratische Vorgehensweise respektiert wurde.

Die consultas erhalten auch internationale Unterstützung: Ähnliche Kämpfe werden in Peru, Kolumbien, Bolivien und anderen Ländern Lateinamerikas geführt, und der UNO-Sonderberichterstatter für die Rechte indigener Völker, James Anaya, veröffentlichte Anfang Jahr einen Bericht über die besorgniserregende Situation in Guatemala, nachdem er dem Land im Juni 2010 einen Besuch abgestattet hatte.

Ich möchte kurz erklären, woher die Idee der consulta kommt: Die Konvention 169 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) sowie die Deklaration der UNO zu den Rechten indigener Völker sehen vor, dass die indigene Bevölkerung zu jedem Projekt auf ihrem Territorium befragt wird und ihre Zustimmung dazu geben muss. Dieses Recht ist vor

bitte wenden >



Eine PWS-Begleiterin unterhält sich mit Männern, die einem Ältestenrat angehören und die consulta mitorganisiert haben. Foto: Imma Mäder

Neue Informationsveranstaltung von Peace Watch Switzerland und Peace Brigades International:

Bern: Samstag, 28. Januar 2012
AKI, Alpeneggstr. 5, Bern
13.30 – 16.30 Uhr

Zürich: Samstag, 4. Februar 2012
Kulturhaus Helferei,
Kirchgasse 13
13.30 – 16.30 Uhr



Das Publikum an der declaración in Zaculeu, einer Maya-Ruinenstadt im Departement Huehuetenango. Foto: Imma Mäder

allem im Zusammenhang mit Bergbau- und Staudammprojekten wichtig, denn es kann bei Grossprojekten auch ein Vetorecht darstellen. Die guatemaltekische Regierung hat die Verpflichtung, die consultas durchzuführen, da sie die betreffenden internationalen Verträge unterschrieben hat. Weil sie aber ihrer Verpflichtung, die indigenen Völker zu befragen, nicht nachkommt, werden consultas comunitarias von guatemaltekischen NGOs in Zusammenarbeit mit lokalen Behörden durchgeführt. Über eine Million Guatemaltekinen und Guatemalteken hat sich schon gegen Megaprojekte auf ihrem Territorium ausgesprochen. Diese Befragungen wurden aber von der Regierung als nicht bindend erklärt, denn laut ihr hat nur eine von der zentralen Regierung durchgeführte consulta Gültigkeit.

Das Thema der consultas hat mich sofort interessiert, da sie ein Instrument der direkten Demokratie sind, etwas, das ich als Schweizerin gut kenne. Abgestimmt wurde bei den consultas zwar lange Zeit via Handheben, und so erinnert eine consulta stark an eine Landsgemeinde. Dieses System wurde zugunsten eines geheimen Abstimmungsprozesses geändert, nachdem die Vorgehensweise kritisiert worden war. Schon an meinem ersten Arbeitstag Ende Februar dieses Jahres kam ich mit der Problematik der consultas in Berührung: Álvaro Colóm, der guatemaltekische Präsident, stellte einen Gesetzesentwurf für die Regelung der consultas vor. Meine Aufgabe war es, die Demonstration vor dem Regierungsgebäude zu beobachten, die von den Gegnerinnen und Gegnern des Entwurfs durchgeführt wurde. Der Gesetzesentwurf stiess auf grosse Ablehnung seitens der oben erwähnten Organisationen. Sie bemängelten, er würde den Geist der consultas nicht respektieren und sei ein Versuch, das Recht, befragt zu werden, einzuschränken. Zudem kritisierten sie, dass das Reglement von der Regierung und der Wirtschaft entworfen worden war, ohne die indigenen Organisationen miteinzubeziehen. Im Moment ist das Projekt auf Eis gelegt, da die indigenen Organisationen eine Klage beim Verfassungsgericht eingereicht haben. Diese wurde Anfang Juni vorläufig angenommen, ein definitiver Entscheid über den Inhalt der Klage, der das Reglement für die consultas für verfassungswidrig erklären könnte, wird im Dezember oder Januar erwartet. Diese Entwicklung kam teils auch der Regierung entgegen, da diese offenbar nicht mit so viel Widerstand gerechnet hatte und am Ende froh war, das Thema aus dem Wahlkampf heraushalten zu können.

Die indigenen Organisationen beschreiten auch neue Wege im Kampf für ihre Rechte. Im Mai begleiteten wir die öffentliche Vorstellung der «declaración del Pueblo Maya Mam de Huehuetenango libre de megaproyectos», eine Deklaration, in der das Maya-Mam Volk von Huehuetenango erklärt, dass es in seinem Territorium keine Megaprojekte wie Minen und Staudämme will. Verschiedene indigene Organisationen des Hochlands beteiligten sich daran. Die Idee dahinter ist, dass sich eines Tages das ganze Volk der Mam-Maya, eine der grösseren Bevölkerungsgruppen Guatemalas, gegen Megaprojekte in seinem Territorium ausspricht und gleichzeitig auch andere Maya-Völker weiter sensibilisiert werden. In diesem Sinne stellt dieser Kampf auch eine Rückbesinnung auf alte Identitäten der Maya dar, die bei den consultas und bei der Deklaration ihre Maya-Identität feiern.

Imma Mäder

***Imma Mäder** studiert Internationale Beziehungen in Genf und Amsterdam. Sie war von Februar bis Juni 2011 mit PWS in Guatemala im Einsatz.